STADT SANKT AUGUSTIN

DER BÜRGERMEISTER

Dienststelle: FB 6 / Fachbereich 6 - Stadtplanung und Bauordnung

Sitzungsvorlage

Datum: 17.01.2022

Drucksache Nr.: **22/0046**

–

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Behandlung
----------------	----------------	------------

Ausschuss für Mobilität

09.02.2022

öffentlich / Kenntnisnahme

–

Betreff

Vorstellung Projekt Offene Mobilitätsinfrastruktur (OMI) / Nutzungsdaten E-Leihroller

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Mobilität nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

Sachverhalt / Begründung:

Entwicklung und Erprobung einer offenen Mobilitätsinfrastruktur im Rhein-Sieg-Kreis

Für eine erfolgreiche Mobilitätswende ist der Wandel vom motorisierten Individualverkehr hin zu intermodaler Fortbewegung mittels alternativer Mobilitätsangebote notwendig. Sowohl auf der Angebots- als auch Nachfrageseite bestehen jedoch große Hürden, die diesen Paradigmenwechsel erschweren. Im Projekt OMI soll deshalb eine offene Mobilitätsinfrastruktur entwickelt werden, die die Bereitstellung neuer Angebote für geteilte Mobilität (Shared-Mobility) ermöglicht, bestehende Angebote vernetzt und Nutzern somit eine angebotsübergreifende Mobilität ermöglicht. Die Stadt Sankt Augustin nimmt als Modellkommune an diesem Projekt teil.

In diesem Projekt ist geplant, das derzeit unübersichtliche Angebot in einer App zusammenzuführen und insbesondere auch den Ausbau neuer Mobilitätsformen in weniger dicht besiedelten Regionen zu unterstützen. Entwickelt wird die offene Mobilitätsinfrastruktur von den Start-ups *Reboot Mobility GmbH* und *open.INC GmbH* und soll in den Städten Sankt Augustin und Hennef erprobt werden. Wissenschaftlich begleitet wird das Projekt von der *Hochschule Bonn-Rhein-Sieg* und der *Universität Siegen*. Die Rolle der Kommunen besteht darin Anforderungen zu formulieren für die Nutzung der geplanten Lösungen und die entwickelten Funktionalitäten zu testen. Somit kann die Stadt Einfluss auf die Entwicklung nehmen und erhält digitale Lösungen nach eigenen Wünschen, sofern diese technisch umsetzbar sind.

Es ist bekannt, dass lokalen Akteuren häufig vor allem die technologische Infrastruktur für die Bereitstellung von Shared-Mobility-Angeboten fehlt, während kommerzielle Anbieter ihre Fahrzeuge vorwiegend im städtischen Raum anbieten. Zudem stehen Nutzer vor der Herausforderung, für jede Teilstrecke im Zweifel unterschiedliche Apps benutzen zu müssen. Es liegt noch kein Gesamtkonzept vor, das bereits bestehende Angebote wie das des ÖPNV vernetzt.

Das Projekt OMI schafft eine digitale Infrastruktur, die aus drei Mensch-Technik-Schnittstellen und einer Zwischenanwendung besteht. Lokale Akteure können mittels eines Portals selbst Shared-Mobility-Angebote bereitstellen und Bürger erhalten mit dem Mobilitätsassistenten eine App, die einen nahtlosen Zugriff auf das gesamte Mobilitätsangebot der Region bietet und das Smartphone zum digitalen Fahrzeugschlüssel werden lässt. Darüber hinaus werden bestehende Angebote über offene Schnittstellen vernetzt und erzeugen so ein angebotsübergreifendes Mobilitätserlebnis.

Im Rahmen der Kooperation zwischen Stadtverwaltung Sankt Augustin und *Hochschule Bonn-Rhein-Sieg* beteiligt sich die Stadt Sankt Augustin zudem am Projekt MIAAS (Mobility Intelligence as a Service), welches sich mit dem Monitoring und der Steuerung von Shared-Mobility-Angeboten befasst. Die Stadtverwaltung Sankt Augustin kooperiert gerne mit der *Hochschule Bonn-Rhein-Sieg*. Beide Seiten profitieren von dieser Verflechtung und dem engen Austausch untereinander.

Im Zuge des Forschungsprojekts MIAAS können bereits jetzt Daten zur Nutzung der aktuell existierenden Angebote (RSVG-Leihräder & E-Leihroller) visualisiert werden. Erste Darstellungen werden im Rahmen der Ausschusssitzung in einer Live-Demonstration gezeigt. Im Zuge dessen werden auch die Ausleihzahlen im bisherigen E-Leihroller Pilotprojekt (Oktober-Januar) vorgestellt.

In Vertretung

Rainer Gleß
Technischer Beigeordneter

Die Maßnahme

- hat keine finanziellen Auswirkungen / ist haushaltsneutral
 hat finanzielle Auswirkungen

Der Gesamtaufwand / Die Gesamtauszahlungen (bei Investitionen) beziffert/beziffern sich auf €.

Mittel stehen hierfür im Teilergebnisplan / Teilfinanzplan zur Verfügung.

Die Haushaltsermächtigung reicht nicht aus. Die Bewilligung von

über- oder außerplanmäßigem Aufwand ist erforderlich.

über- oder außerplanmäßigen Auszahlungen ist erforderlich (bei Investitionen).

Zur Finanzierung wurden bereits € veranschlagt; insgesamt sind € bereit zu stellen.
Davon entfallen € auf das laufende Haushaltsjahr.

Bei der Maßnahme wurden inklusionsrelevante Aspekte berücksichtigt.

Die Maßnahme hat keine Auswirkungen auf die Inklusion.